



UNSER HAMBURG - UNSER NETZ  
c/o BUND Hamburg  
Lange Reihe 29  
20099 Hamburg

Telefon: 040-600 387-17  
Fax: 040-600 387-20  
info@unser-netz-hamburg.de

www.unser-netz-hamburg.de

Landesamt für Landwirtschaft,  
Umwelt und Ländliche Räume  
Hamburger Chaussee 25

24220 Flintbek

Hamburg, 08. Oktober 2012

Ihr Zeichen: 712-G 50/2012/001 / Neues GuD-Kraftwerk Wedel

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Volksinitiative UNSER HAMBURG - UNSER NETZ nehmen wir im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz für das geplante GuD-Kraftwerk am Standort Wedel wie folgt Stellung:

Der Kraftwerksbau hat besondere politische Brisanz, weil die Stadt Hamburg sich ohne Alternativenprüfung einer rein wirtschaftlichen Entscheidung zu Gunsten Vattenfalls angeschlossen hat und dafür ca. 110 Mio. – 125 Mio. Euro kommunales Geld investieren will. Aus Sicht von UNSER HAMBURG – UNSER NETZ stehen die wirtschaftlichen Interessen von Vattenfall und gerade nicht eine dezentrale Energieversorgung und mehr Klimaschutz im Vordergrund dieser Entscheidung.

Die Initiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ unterstützt die Forderung der BI „Stopp! Kein Mega-Kraftwerk Wedel“ nach einem Moratorium des Genehmigungsverfahrens, um ausreichend Zeit für eine transparente und öffentlich diskutierte Alternativenprüfung zu gewinnen. Wir fordern Sie auf, den Antrag auf Genehmigung abzulehnen.

Im Einzelnen äußern wir uns wie folgt:

**UNSER HAMBURG - UNSER NETZ**

Eine Volksinitiative von Attac Hamburg, BUND Hamburg, Diakonie + Bildung des Ev.-Luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost, Moorburgtrasse stoppen, Robin Wood, Verbraucherzentrale Hamburg

**Unterstützung bitte auf das Konto**

Empfänger: BUND-Landesverband Hamburg  
Kto.: 1230 139 006, BLZ 200 505 50  
Geldinstitut: Sparkasse Hamburg  
Betreff: Adresse (wegen Volksabstimmungsgesetz)  
Wir können leider keine Zuwendungsbestätigung ausstellen.

1. **Gesundheitsgefahren.** Der Standort in nur knapp 200 m Nähe zu einem reinen Wohngebiet (Hellgrund), einer Schule und einer Kita ist für ein Kraftwerk dieser Größe bereits ein hinreichendes Ausschlusskriterium. Die Lärmbelastigungen durch den Bau und die Luftkühlung des GuD während des ganzjährigen und ganztägigen Betriebs sind gesundheitsgefährdend. Insbesondere sehen wir aufgrund der zu erwartenden Lärmentwicklung nicht die Vorgaben des § 5 Abs 1 BImSchG eingehalten. Ausreichende Schallschutzmaßnahmen nach dem Stand der Technik sind nicht im ausreichenden Maß vorgesehen, die Immissionsrichtwerte entsprechend der TA Lärm werden nachts nicht eingehalten.
2. **Die lange Leitung.** Der Anlass für den Bau des GuD und erste Aufgabe des Versorgers ist die Lieferung von Wärme an Hamburger Haushalte. Der Standort Wedel ist für die Wärmeversorgung der größtenteils mehr als 20 km entfernten Abnehmer im Hamburger Norden nicht geeignet. Die lange Leitung führt zu Wärmeverlusten und erschwert die hydraulische Steuerung des Fernwärmenetzes. Der Standort Stellingen wäre in dieser Hinsicht besser geeignet. Damit genügt die Planung nicht den Anforderungen des § 5 Abs 1 Nr. 4 BImSchG, sondern trägt vielmehr zur Verschwendung von fossil erzeugter Energie bei.
3. **Fehlende Alternativenprüfung.** Vattenfall und der Minderheitsaktionär Hamburg haben öffentlich keinerlei klimaverträgliche Alternativen zum Bau eines großen GuD als Ersatz der Wärmelieferung aus dem Kohle-Heizkraftwerk Wedel geprüft und diskutiert. Genau dies wäre aber erforderlich gewesen, um die beste Entscheidung für den Klimaschutz und die BürgerInnen zu treffen. Das derzeit laufende Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz beinhaltet aber gerade nicht die Abwägung von Alternativen, z. B die Wärmeversorgung aus mehreren Anlagen mit kürzeren Wegen oder kostengünstige und wärmeeffiziente Heizkessel. Eine Fernwärmeversorgung, an der die Stadt als kommunaler Anteilseigner beteiligt ist, muss hohen politischen Ansprüchen genügen.
4. **Fehlende Beteiligung.** Die grundsätzliche Entscheidung erstens für ein großes GuD und zweitens für den Standort Wedel wurden im Rahmen der Verhandlungen um die Minderheitsbeteiligung der Stadt Hamburg an der Fernwärmegesellschaft Vattenfall ohne gesonderte Diskussion und Abstimmung in der Hamburger Bürgerschaft und über die Köpfe der HamburgInnen als Fernwärmekunden und der Wedeler BürgerInnen als direkt Betroffene hinweg gefällt.
5. **Fehlende Transparenz.** Die Entscheidung für den Standort Wedel fiel nur auf Grund von wirtschaftlichen Kriterien, die Wirtschaftlichkeitsprüfungen wurden jedoch nie veröffentlicht. Der behauptete Nutzen für die Energiewende im Strombereich kann erst anhand des Betriebskonzepts für das GuD und die Speicher geprüft werden, das Betriebskonzept wurde jedoch nie veröffentlicht.
6. **Die falsche Reihenfolge.** Geradezu fahrlässig ist der Umgang des Hamburger Senats mit der Erstellung eines Wärmekonzeptes und des Masterplans Klimaschutz, die erst nach der Entscheidung für das GuD erstellt werden. Beide Konzeptionen sind mehrfach angekündigt worden, können aber faktisch nur noch den von Vattenfall durchgesetzten Bau eines GuD nachträglich legitimieren. Dies widerspricht jeder fachlich und energiepolitisch vernünftigen Vorgehensweise. Die behauptete Mitbestimmung bei der Energieversorgung, die Hamburg laut Senat durch die 25,1%-Beteiligung erworben haben soll, kehrt sich jetzt schon in den Verzicht auf jegliche energiepolitische Gestaltung um.
7. **Modernisierung der Wärmeversorgung um Jahrzehnte verschoben.** Ist das GuD erst einmal gebaut, müssen die lange Leitung, der hohe Druck und die hohe Temperatur im Wärmenetz beibehalten werden. Die Option auf einen grundlegenden Umbau des Wärmenetzes für kleinere Kraftwerke, kurze Wege und die Nutzung von Abwärme z. B. aus Industrieprozessen wird dadurch unmöglich. Der in der Perspektive abnehmende Fernwärmemarkt (Stichwort Gebäudedämmung)

spricht auch dafür, dass das geplante GuD-Kraftwerk in Wedel mit einer Fernwärmeleistung von bis zu 400 MW überdimensioniert ist.

8. **Das Fernwärmemonopol wird gestärkt.** Entgegen der Interessen der Verbraucher wird der Zugang Dritter zum Fernwärmenetz weiterhin verwehrt. Die Öffnung des Wärmemarktes für Wettbewerb und die Beteiligung der BürgerInnen an der Wärmeproduktion werden durch den großen Bedarf nach Wärmeabsatz aus dem GuD von Seiten Vattenfalls und von Seiten der Politik als Miteigentümer erheblich erschwert.
9. **Zweifel an der Wirtschaftlichkeit.** Die Stadt Hamburg bezahlt im Rahmen der Beteiligungen an den Energienetzgesellschaften bereits bis Ende 2012 ca. 110 Mio. – 125 Mio. Euro anteilig für das in Wedel geplante GuD-Kraftwerk, obwohl die Entscheidung zum Bau erst Ende 2013 fällt. GuD-Neubauten gelten derzeit allerdings als Verlustgeschäft, was für das GuD in Wedel auch durch ein Gutachten der LBD-Beratungsgesellschaft gestützt wird. Einerseits besteht die Gefahr, dass Vattenfall die wahrscheinlichen Verluste im Strombereich auf die Kunden im Wärmemonopol abwälzt. Andererseits reichen die Regelungen zur Garantiedividende für die Minderheitsbeteiligung gerade nicht aus, um Hamburg vor den Verlusten eines laufenden GuD zu schützen, denn die Garantiedividende kann schon zu Ende 2017 einseitig von Vattenfall gekündigt werden. Auch die Kaufpreisanpassung in 2018 ist viel zu gering, um den Wertverlust der Fernwärmegesellschaft auszugleichen, sollte das GuD mangels Genehmigung oder aus anderen Gründen doch nicht gebaut werden oder unwirtschaftlich sein. Hamburg kann höchstens 32,5 Mio. Euro des jetzt schon gezahlten Investitionsanteils zurück erhalten.

Vattenfall hat erklärt, dass mit Baumaßnahmen für das GuD-Kraftwerk in Wedel erst nach dem Hamburger Volksentscheid über die vollständige Rekommunalisierung der Energienetze im September 2013 begonnen wird. Für den wahrscheinlichen Fall, dass die HamburgerInnen künftig ohne die Konzerne ihre Netze und die Energiewende betreiben wollen, hat der Senat jetzt die demokratische Pflicht, zügig Alternativen für eine klimaverträgliche dezentrale Fernwärmeversorgung an den Start zu bringen. Nur so ist sichergestellt, dass das veraltete Heizkraftwerk Wedel so schnell wie möglich abgeschaltet und eine Fernwärmeversorgung der Hansestadt auch ohne den Netzbetreiber Vattenfall sichergestellt werden kann.

Die Stadt Hamburg ist offenbar bereit, ca. 110 Mio. – 125 Mio. Euro für die Erneuerung der Wärmeversorgung in Hamburg zu investieren. Jetzt gilt es, offen und transparent und mit den BürgerInnen zu prüfen, wie dieses Geld am besten angelegt wird.

Des Weiteren schließen wir uns der Stellungnahme des BUND Schleswig-Holstein vom 02. Oktober 2012 an (siehe Anlage) und machen diese vollinhaltlich zum Gegenstand unserer Einwendung.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Braasch  
(Vertrauensperson UNSER HAMBURG – UNSER NETZ)